Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9003**
14. Wahlperiode 10. 05. 2002

Fragen

für die Fragestunde der 235. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. Mai 2002

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Norbert Geis** (CDU/CSU)

Weshalb hat das Bundesministerium der Justiz davon abgesehen, die Auslieferung des 1985 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Mannes zu beantragen, der nach seiner Flucht aus dem rheinland-pfälzischen Strafvollzug im Februar 2002 in Protugal festgenommen werden konnte und der nach Ablauf der Antragsfrist nun wieder auf freiem Fuße ist?

2. Abgeordneter **Norbert Geis** (CDU/CSU)

Mit welchen Erwägungen – im Einzelnen – ist bei dieser Entscheidung die offenbar gegenteilige Auffassung der Staatsanwaltschaft Frankenthal (Pfalz) sowie des Justizministeriums des Landes Rheinland-Pfalz verworfen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Stellvertretenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds zur Einführung einer internationalen Insolvenzregelung für Staaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung den Bedenken bei mittelständischen Betrieben und ihren Mitarbeitern bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung des Arbeitsmarkts angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung entgegenzutreten?

5. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Regionalfördermittel für die Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern aufzustocken, und warum wurden die baye-

rischen Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) erheblich reduziert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

6. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass Vermittlungsgutscheine für private Arbeitsvermittlung von den Arbeitsämtern nicht an Langzeitarbeitslose ausgegeben werden, die nicht mehr im Bezug von Leistungen des Arbeitsamtes stehen?

7. Abgeordneter **Dr. Klaus Grehn** (PDS)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die gesetzlichen Regelungen für private Arbeitsvermittlung so zu verändern, dass diese besonderen Problemfälle finanziell angemessen berücksichtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

8. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Existiert der in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP in Bundestagsdrucksache 14/7191 zum Abbau des „Schilderwaldes“ angekündigte Referentenentwurf zum Vorhaben „Weniger Verkehrszeichen – bessere Beschilderung“ inzwischen?

9. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Wenn ja, wann wird er dem Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zugeleitet, und wenn nein, warum noch nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

10. Abgeordneter **Gerald Weiß (Groß-Gerau)** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung im EU-Ministerrat für die unveränderte Fortsetzung des AKP-Zuckerprotokolls (AKP: Länder im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum, die mit der EU durch das Abkommen von Cotonou vom Juni 2000 assoziiert sind) und für die Ausklammerung des sensiblen Produktes Zucker aus den geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den 76 AKP-Staaten einsetzen, und teilt sie die Auffassung, dass die Umsetzung der entgegengerichteten Vorschläge der Kommission zwangsläufig zur Vernichtung von vielen tausend Arbeitsplätzen in der Zuckerwirtschaft, zum Existenzverlust einer Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe und zur weitgehenden Aufgabe des europäischen Zuckerrübenanbaus führen würden?

11. Abgeordneter **Martin Hohmann** (CDU/CSU)

Welche der Staaten, die die Rücknahme eigener, aus Deutschland ausreisepflichtiger Bürger verweigern oder behindern („Die Rückseite der Republik“, in: DER SPIEGEL 10/2002, S. 36 ff.) erhielten in den letzten drei Jahren deutsche Entwicklungshilfe und in welcher Höhe?*)

12. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Für welche Projekte und in jeweils welcher Höhe setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die ihm zur Bewirtschaftung übertragenen Mittel aus dem Einzelplan 60, Titel 971 03 „Maßnahmen in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung“ ein?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

13. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung der angestrebte Zeitpunkt für den Beitritt der Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zur Europäischen Union im Jahr 2004 noch realistisch, und wenn nein, welche Gründe bestehen für Befürchtungen, diesen Termin nicht einzuhalten?

---

*) siehe hierzu auch Frage 19

14. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Welches Lohn- und Wohlstandsgefälle ist nach Auffassung der Bundesregierung nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik, insbesondere in den Grenzregionen, zu erwarten?

15. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Inwieweit sind Presseberichte zutreffend (Quelle: Schlesisches Wochenblatt vom 26. April 2002), wonach die Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Förderung der deutschen Minderheit in Polen stark rückläufig sowie einige Organisationen der deutschen Minderheit in Polen unverhältnismäßig hoch von Kürzungen betroffen sind, und inwieweit sind der Fortbestand und die Arbeit der Organisationen durch diese Kürzungen gefährdet oder eingeschränkt?

16. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung ihre bisherige Haltung, kein eigenes Rechtsgutachten zur Frage der Fortgeltung der so genannten Beneš-Dekrete sowie daraus resultierender Diskriminierungen in Auftrag zu geben, vor dem Hintergrund ihrer Feststellungen, dass es sich bei der Frage einer Aufhebung der Beneš-Dekrete um ein bilaterales Problem handelt (Quelle: Brief der Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, abgedruckt in der Zeitschrift Das Landvolk vom April 2002), und wie gedenkt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Ergebnisse der Rechtsgutachten des Europäischen Parlaments zum Gegenstand bilateraler Erörterungen mit der Tschechischen Republik zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordnete
Monika Brudlewsky
(CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die Aktivitäten des Nationalen Widerstandsrates des Iran in der Bundesrepublik Deutschland ein?

18. Abgeordnete
Monika Brudlewsky
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrechtliche Erkenntnisse über diese Vereinigung vor, und wenn ja, welche?

19. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)

Welche Staaten verweigern oder behindern die Rücknahme eigener, aus Deutschland ausreisepflichtiger Bürger („Die Rückseite der Republik“ in: DER SPIEGEL 10/2002, S. 36 ff.)?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

20. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(FDP)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über angeblich hohe Konzentrationen von Acrylamid in Lebensmitteln?

21. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Herbst 2001, veröffentlicht z. B. auszugsweise in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 2. Dezember 2001, S. 37, zur Frage der Akzeptanz der „Grünen Gentechnik“ in der deutschen Bevölkerung, zur Kenntnis genommen, und beurteilt die Bundesregierung diese Studie als fachlich fundiert vor dem Hintergrund der Aussagen der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, (z. B. Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 14. Dezember 2001), wonach 70 % der Verbraucher „Nein“ zu Lebensmitteln aus gentechnisch verbesserten Pflanzen sagen?**)

22. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)

Inwieweit hat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der Entscheidung der Europäischen Kommission, wonach seit dem 17. Mai 2001 keine Milcherzeugnisse aus Betrieben in der Türkei zum menschlichen Verzehr eingeführt werden dürfen, Rechnung getragen?

---

*) siehe hierzu auch Frage 11
**) siehe hierzu auch Frage 31

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Wie begründet die Bundesregierung die geplante Sanierung der NATO-Pipeline von Straßburg nach Tübingen, und mit welchen Kosten wird kalkuliert?

24. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Welche Auswirkungen auf die naturlandschaftliche und touristische Infrastruktur werden durch den Baustellenverlauf erwartet, und wie werden sie verhindert?

25. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Wie plant die Bundesregierung den Costumer Product Management-Prozess des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) durch geeignete Analysen und Simulationen zu unterstützen, und in welchen Projekten wurden entsprechende Initiativen aus Industrie und Amtsbereich bereits einbezogen?

26. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Wie viele Soldaten stehen gegenwärtig und ohne Einschränkungen (wie z. B. Erkrankungen, Ausbildungserfordernisse, inländische Verwendungen etc.), unterteilt nach Teilstreitkräften für Auslandseinsätze, zur Verfügung?

27. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Seit wann sind dem BMVg die gravierenden hygienischen und bautechnischen Mängel in der Küche der Theodor-Blank-Kaserne in Rheine-Bentlage, die zur Schließung der Kasernen-Küche führten, bekannt, und welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Zustand weiterer Kasernen-Küchen vor?

28. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Was wird künftig seitens des BMVg unternommen, um der Fürsorgepflicht gegenüber wehrpflichtigen Soldaten, die Anspruch auf Verpflegung, u. a. auch in der Theodor-Blank-Kaserne haben, gerecht zu werden?

29. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (PDS)

Hat die Bundesregierung ihre Position zur Beendigung der militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide geändert, und wenn ja, wie?

30. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)

Zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass weitere Gemeinden – darunter die Stadt Wittstock – im Zuge der Anhörung sich gegen eine weitere militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes ausgesprochen haben, die Schlussfolgerung, das Truppenübungsplatzkonzept so zu ändern, dass dem Begehren der Gemeinden Rechnung getragen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung ihrer Auffassung folgen, die sie in ihrem eigenen „Zweiten Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz“ (Bundestagsdrucksache 14/6763) dargestellt hat, wonach die gut zehnjährige Praxis der Forschungen der Gentechnik im Labor wie im Freiland ausschließlich positive Erfahrungen erbracht hat (Zitat S. 41: „Schäden für Mensch und Umwelt, die auf gentechnischen Arbeiten oder gentechnisch veränderten Organismen zurückzuführen wären, sind der Bundesregierung aus Deutschland nicht bekannt“), und wird sie in Folge dieser eigenen Erkenntnis zumindest in der Sicherheitsstufe 1 (harmlose gentechnische Arbeiten) das Anzeigeverfahren als angemessenes behördliches Verfahren in der Novellierung des Gentechnikgesetzes festschreiben, wie von der EU in Richtlinie 98/81/EG bereits vor knapp vier Jahren vorgeschlagen?*)

32. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, den Vertrieb von Medikamenten über das Internet, der seit 1998 gesetzlich verboten ist, unterstützen will, und teilt sie die Einschätzung, dass eine Umsetzung dieser Vorstellungen zu einem Rückgang der Zahl der Apotheken sowie der Qualität der medizinischen Versorgung vor allem in dünn besiedelten Regionen führen würde?

33. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Apothekerverbandes, dass durch den möglichen Versand über ausländische Internetanbieter in den deutschen Apotheken mehrere tausend Arbeitsplätze und dem Staat Steuereinnahmen verloren gehen, und wenn nicht, wie begründet sie dies?

---

*) siehe hierzu auch Frage 21



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333